

Inland

Fast eine Entschuldigung

Berlin – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat versucht, die öffentlich erhaltene Rüge für seinen Pressesprecher Michael Offer in der vorigen Woche herunterzuspielen. „Bei aller berechtigten Verärgerung habe ich vielleicht überreagiert“, sagte Schäuble der *Bild* am Sonntag. Der Minister hatte eine Pressekonferenz zur Erläuterung der jüngsten Steuererschätzung unterbrochen, weil Unterlagen noch nicht an die Journalisten verteilt waren. Dafür hatte er auf offener Szene den Sprecher verantwortlich gemacht. Im Finanzministerium war man sich am Sonntag nicht sicher, ob Schäuble seine Äußerung gegenüber der Zeitung als Entschuldigung bei Offer verstanden wissen wollte. *ble*

Steuervorteile für Forscher

Düsseldorf – Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) fordert angesichts der prognostizierten Steuermehreinnahmen steuerliche Anreize für forschende Unternehmen. Forschungsförderung sei eine Investition in die Zukunft – gerade dort, wo die klassischen Förderprogramme nicht wirken, sagte Schavan dem Magazin *Wirtschaftswoche*. Dem Blatt zufolge sehen Konzepte der Regierungsparteien Entlastungen von rund 1,5 Milliarden Euro vor. Schavan sagte, die Ausgaben für Forschungspersonal sollten über die ohnehin übliche hundertprozentige Absetzbarkeit als Betriebsausgabe hinaus steuerlich geltend gemacht werden können. Die Einführung eines solchen Steuerbonus in Deutschland könne bis zum Ende der Legislaturperiode gelingen. Forschungsförderung sei im Wettbewerb mit anderen Ländern unabdingbar. *dapd*

Herbstkampagne des DGB

München – DGB-Chef Michael Sommer hat der Bundesregierung vorgeworfen, die soziale Ordnung „Stück für Stück zu zerstören“. Auf einer Kundgebung von DGB und Sozialverband Deutschland sagte Sommer in Hannover, Schwarz-Gelb versuche möglicherweise, „unsere Proteste auszusitzen“. Aber die Arbeitnehmer würden sich „mit dieser Kumpanei von Kapital und Politik niemals abfinden“. An der Demonstration nahmen nach DGB-Angaben 15 000 Menschen, nach Darstellung der Polizei 10 000 Menschen teil. Sie war Teil einer Herbstkampagne, mit der die Gewerk-



Tausende demonstrieren gegen die Politik der Bundesregierung. Foto: dpa

schaften gegen das Sparpaket der Koalition, die Rente mit 67 und Leiharbeiter protestieren. Der niedersächsische IG-Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine forderte die Unternehmen zur unbefristeten Übernahme von Auszubildenden, Leiharbeitern und Beschäftigten mit Zeitverträgen auf. „Wir werden jeden, der das Wort Fachkräftemangel in den Mund nimmt, damit konfrontieren.“ Die Durchsetzung dieser Forderungen sei möglich, dies habe sich bei VW gezeigt. Der Konzern habe sich verpflichtet, jedes Jahr 1250 Azubis einzustellen und nach der Ausbildung unbefristet zu übernehmen. *de*

Lammert vermisst Sorgfalt

Berlin – Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat erneut die mangelnde Sorgfalt bei Beratungen über wichtige Gesetze kritisiert. „Es schadet dem Ansehen des Parlaments, wenn der Eindruck entsteht, als folgten wir vermeintlichen oder tatsächlichen Vorgaben, statt selbstständig zu urteilen und zu entscheiden“, sagte Lammert dem *Spiegel*. Es bestehe ein Missverhältnis zwischen dem Beratungsbedarf und der Beratungszeit. Er rief die Abgeordneten dazu auf, sich den Druck der Regierung nicht bieten zu lassen. *AFP*

Bsirske für Generalstreiks

Hamburg – Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi setzt sich dafür ein, den Generalstreik als Mittel der politischen Auseinandersetzung zu legalisieren. „Ich finde, dass wir auch in Deutschland ein politisches Streikrecht brauchen“, sagte Verdi-Chef Frank Bsirske dem *Hamburger Abendblatt*. „Das Verbot des politischen Streiks stammt von 1955. Jetzt haben wir eine vollkommen andere Situation.“ Bsirske erinnerte an den Generalstreik vor 90 Jahren gegen den Kapp-Putsch. Der politische Streik habe damals „die Weimarer Demokratie für einige Jahre gerettet“. Der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft verwies auch auf den jüngsten Widerstand der Franzosen gegen die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit: „Von der Protestkultur in Frankreich können wir uns eine Scheibe abschneiden.“ CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe wies die Forderung zurück: Bsirske „schwändere mit einer Klassenkampf-Rhetorik von Vorgesetzten“. *AFP, dapd*

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



Aufmerksame Zuhörer: Bischof Norbert Trelle, Bettina Wulff und Bundespräsident Christian Wulff, Präses Nikolaus Schneider und die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, (von links) auf der Tagung der Synode. dpa

„Afghanistan-Einsatz fragwürdig“

Evangelischer Ratsvorsitzender verlangt Ausstiegskonzept für die Bundeswehr

Von Matthias Drobinski

Hannover – Einen politischen Bericht werde es geben, hat es im Vorfeld geheißt, doch Nikolaus Schneider, der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), beginnt demonstrativ fromm mit Psalm 90: „Ehe denn die Erde und die Welt geschaffen wurden, bist du, Gott, von Ewigkeit zu Ewigkeit.“ Um dann vor den 126 Mitgliedern der EKD-Synode doch schnell deutlich zu werden. Er verlangt eine Debatte über die Rolle der Bundeswehr in Afghanistan; ohne klare Ziele und ein Ausstiegskonzept stehe die ethische Legitimation des Einsatzes in Frage. Er kritisiert, dass die Bundesregierung an der Atomenergie vorerst festhalten will und die Hartz IV-Sätze nur unzureichend erhöht; moniert, dass Zuwanderer und Muslime pauschal verurteilt würden: „Die Einwanderungsgesellschaft ist Normalität in Deutschland. Sie zu gestalten, braucht keine Scharfmacher, sondern verdient Geduld, Pragmatismus und Kreativität“, sagt er. Er beklagt aber auch, dass in vielen Ländern Christen verfolgt würden.

Dafür bekommt er Applaus, wie überhaupt das Kirchenparlament Schneiders Bericht freundlich aufnimmt – die Synode will den 63-jährigen Präses des Rheinlands stärken, der am Dienstag end-

gültig zum Ratsvorsitzenden der EKD gewählt werden soll; das Amt hat er nach dem Rücktritt der hannoverschen Bischöfin Margot Käßmann im Februar auf Zeit übernommen. Zweimal allerdings bleibt der Beifall dünn: Einmal als Schneider seine Haltung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) verteidigt, wo er für die begrenzte Freigabe der umstrittenen Untersuchung befruchteter Eizellen plädiert. Und dann, als er den anwesenden Bun-

Schneider wendet sich gegen „Scharfmacher“ in der Integrationsdebatte.

despräsidenten Christian Wulff für den Satz lobt, der Islam gehöre zu Deutschland – Applaus kommt erst, als er auch die Rede des Präsidenten in der Türkei erwähnt, wo Wulff Freiheit für die Christen forderte.

Es sei ein Merkmal der evangelischen Kirche, dass verschiedene Meinungen gleichberechtigt nebeneinander stehen könnten, hat Schneider gesagt, bei den Themen PID und Afghanistan merkt er das gleich in der Debatte über den Ratsbericht. Der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann sagt, einer Forderung nach einem Rückzug der Bundeswehr

aus Afghanistan werde er sich nicht anschließen. Und der bayerische Landesbischof Johannes Friedrich fordert ein Verbot der PID – dafür erhält er einige Unterstützung.

Der erste Tag der Synode ist immer auch ein Tag der Grußworte; das prominenteste kommt von Bundespräsident Christian Wulff und ist eine Art Ergänzung seines Satzes vom Islam als Teil Deutschlands. Deutschland sei zutiefst von der christlichen Botschaft geprägt, auch wenn das nicht allen immer bewusst sei, sagt er. Der Dialog der Religionen könne gerade vom Protestantismus viel lernen. So brauche der Islam eine „kritische Selbstreflexion“. Der bewegteste Gruß wiederum kommt von Charlotte Knobloch, der scheidenden Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie greift das Leitwort der Synode auf: „Niemand soll verloren gehen“. Es hätten aber gerade viele Menschen Angst, verloren zu gehen, das mache den Weg frei „für Menschenfänger und Demagogen.“

Am heutigen Montag wollen die Synodalen über Bildung diskutieren – spannender aber dürften die Nachrichten aus dem Diakonischen Werk sein: Der Bericht zu den Vorwürfen, dass es bei der Vergabe von Aufträgen nicht sauber zugegangen sei, soll fertig sein. (Seite 4)

Künast will Berlin regieren

Fraktionschefin der Grünen fordert Wowerit heraus

Von Constanze von Bullion

Berlin – Die Bewerbung war kurz, der Applaus ordentlich, nun kann das Scharmützel beginnen. Renate Künast wird Spitzenkandidatin der Berliner Grünen und will im Herbst 2011 Regierende Bürgermeisterin von Berlin werden. „Wir sind bereit, die führende Verantwortung im Regierungsbündnis zu übernehmen“, sagte die grüne Fraktionschefin im Bundestag bei einem Parteitag, zu dem sich die Berliner Grünen am Sonntag in ehemaligen Reparaturwerkstätten für Stadtbusse trafen. Die Delegierten nominieren Künast ohne Gegenstimmen; im Frühjahr soll sie offiziell an die Spitze der Berliner Landesliste gewählt werden.

„Es geht ums Ganze“, sagte Künast, die ihren Wahlkampf unter das Motto

„Ich setze auf Sieg“, sagt Künast. Bloß ein Senatorenposten komme nicht in Frage.

„Eine für alle“ gestellt hat und sich in Berlin vor allem auf die Themen Bildung, Arbeit und Klima konzentrieren will. Einer Koalition der Grünen mit der CDU auf Landesebene erteilte sie am Sonntag indirekt eine Absage; sie wäre an der grünen Basis nicht mehrheitsfähig. „Wir haben die größte Schnittmenge mit der SPD.“ Künast ließ aber keinen Zweifel, dass sie Wowerit aus dem Amt jagen will – und nur für den Chefposten im Roten Rathaus zur Verfügung steht, nicht für einen Senatorenposten, falls die Grünen auf Platz zwei hinter der SPD ins Ziel gehen. „Ich setze auf Sieg, und ich setze nur auf Sieg“, sagte sie unter Beifall ihrer Parteifreunde.

Schon am Freitagabend hatte die 54-Jährige bei einem grünen Mitgliederabend – und unter weit größerem Jubel – angekündigt, den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowerit (SPD) ablösen

zu wollen. „Berlin ist eine Verheißung, aber die Landesregierung ist eine Zumutung“, sagte sie. Ganze Gesellschaftsgruppen seien in Berlin vom öffentlichen Leben abgeschnitten, in Schulen seien Leistungen unterdurchschnittlich, die Stadt lasse zu viel Potential brach liegen. „Berlin braucht jeden und jede“, erklärte Künast, dies gelte für Einwandererkin- der ebenso wie für Unternehmer und Forscher, die die Stadt in ein Zukunftslabor innovativer Technologien verwandeln könnten.

Wowerit reagierte prompt auf Künasts Kampfansage und teilte dem *Spiegel* mit, die grüne Politikerin, die 1955 in Recklinghausen geboren wurde, habe ein „Negativbild“ der Stadt Berlin gezeichnet. „Die Spitzenkandidatin hat in ihrer Bewerbungsrede viele Allgemeinplätze geboten“, sagte er. „Wenn es wieder um ernsthafte Politik geht, wird sich das entzaubern.“ Die Grünen, die Wowerit als Klientelpartei für Besserverdiener bezeichneten, machten es sich zu leicht. Unpopuläre Entscheidungen, die einst die rot-grüne Bundesregierung getroffen habe – gemeint war die Agenda 2010 – lasteten die Grünen jetzt einseitig der SPD an. Hier zeige sich mal wieder, dass sie eine „Abstauberpartei“ seien.

Künast griff beim grünen Parteitag am Sonntag das Stichwort „abstauben“ dankbar auf. „Wer hat denn von wem abgestaubt?“, fragte sie. Sowohl beim Atomausstieg, als auch bei Themen wie erneuerbare Energie oder Bürgerversicherung hätten die Roten grüne Ideen übernommen. Statt nun aufgeregt auf die Grünen einzuschlagen sollte Wowerit „etwas ruhiger sein und arbeiten gehen“. Im Übrigen solle er sich an den Worten des SPD-Fraktionschefs im Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, orientieren, der von einer „partnerschaftlichen Konkurrenz“ zwischen Rot und Grün gesprochen hatte. „Das trifft es, und ansonsten sollte man die Pfeile vielleicht wieder in den Köcher stecken.“



„Die Landesregierung ist eine Zumutung“, sagt Renate Künast. Nach aktuellen Umfragen hat sie Chancen, diese Regierung im Herbst 2011 abzulösen. Foto: dpa

Am Abgrund der Parteienfinanzierung

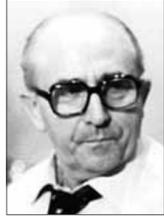
Der frühere SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg, der mit Millionenbeträgen jonglierte, ist gestorben

Manchmal bleibt von einem Leben nur ein Satz; meist einer, den die anderen für originell halten. „Wenn rauskommt, wie was reinkommt, dann komm' ich rein, wo ich nicht mehr rauskomme“, hat Friedrich Halstenberg mal gesagt. Dieser Satz des ehemaligen SPD-Schatzmeisters ist oft kolportiert worden, wenn über Parteien, Spenden und die Gesetze gesprochen wurde.

Der Sozialdemokrat spottete gern, am liebsten über sich. Er konnte aber auch ein Schwerarbeiter sein. Der gelernte Jurist war der Lastträger der ersten sozialliberalen Koalition an Rhein und Ruhr und die rechte Hand des SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn. Fast ein Jahrzehnt lang leitete Halstenberg die Staatskanzlei in Düsseldorf. Das Amt behielt er auch als Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen in Bonn.

Der Ostwestfale, der erst mit 44 Jahren der SPD beigetreten war, hatte den

scharfsten Blick für das Niedrige, Lächerliche und Verlogene des politischen Betriebes, denn er konnte in Abgründe schauen. Im dritten Kabinett Kühn wurde er 1975 Finanzminister und trat drei Jahre später nach einer Affäre um die Westdeutsche Landesbank zurück. Kurz darauf wurde er zum Nachfolger des SPD-Schatzmeisters Wilhelm Dröschler gewählt und ging die Sanierung der Parteifin-



Friedrich Halstenberg. Foto: oh

last im Unternehmensbereich der Partei lag damals bei umgerechnet 135 Millionen Euro. Als Halstenberg 1984 aus gesundheitlichen Gründen das Amt des

Kassenwarts abgab, betrug sie nur noch 35 Millionen Euro. Auch gegen parteinterne Widerstände hatte er unrentable Druckereien und Beteiligungen der SPD an mehreren Zeitungen verkauft.

In diesen sechs Jahren hatte er in die Abgründe der Parteienfinanzierung geschaut. Anfang der achtziger Jahre hatte Halstenberg umgerechnet rund 3,1 Millionen Euro in die Parteikasse geschleust, und er legte Wert darauf, dass die Herkunft der Gelder geheim blieb. Er habe eine Schweigepflicht, sagte er. Als die CDU und die FDP in den Blickpunkt der Affäre gerieten, wies Halstenberg seine Leute gern darauf hin, dass „nicht die eine Hälfte nur edel“ sei und „die andere nur aus Schurken“ bestehe. In privater Runde witzelte Halstenberg manchmal darüber, wie die Großen der Partei bei heiklen Gesprächen über Spenden fluchtartig den Raum verlassen oder Geldkoffer nicht angenommen hätten.

Vor einem der vielen Untersuchungsausschüsse über Parteispenden erklärte Halstenberg, CDU, SPD und FDP hätten früh die Ungeheuerlichkeiten der Parteienfinanzierung erkannt und sich im Fall drohender Steuerermittlungen gegenseitig Hilfe beim jeweiligen Finanzminister zugesagt. Halstenberg kannte sich aus, denn er hatte als Finanzminister in Nordrhein-Westfalen vergeblich versucht, einen Steuerfahnder zu stoppen, der auf den großen Polit-Skandal gestoßen war.

Nach der Wende beriet Halstenberg den brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Mitte der Neunziger zog er sich aus allen Ämtern zurück. Einiges Aufsehen gab es dann noch um sein 2001 erschienen Buch „Staatsverschuldung“.

Der Vater von fünf Kindern und vielfache Großvater starb Ende vergangener Woche in Köln im Alter von 90 Jahren. *Hans Leyendecker*

Harmonie dank einer Mitgift

Auf einem Parteitag beschließt die NPD eine Fusion mit der Deutschen Volksunion, die ihr Vermögen einbringt

Von Christiane Kohl

Hohenmölsen – Draußen läuteten Kirchenglocken, Luftballons baumelten an Marktständen, und es flatterten die bunten Stoffketten einer „Toleranzkette“ im Wind, die einige hundert Bürger geknüpft hatten. Drinnen ertönte dumpfer Trommelwirbel, junge Männer mit kurzgeschrittenen Haaren schwenkten Fahnen in den alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot, während rund 200 Delegierte aus rauen Kehlen ihr Parteilied „NPD marschiert“ sangen – der Parteitag der Nationaldemokraten wurde eröffnet. Auf ihm wird die NPD später die Verschmelzung mit der Deutschen Volksunion (DVU) beschließen.

Unterdessen hatte ein Bürgerbündnis auf dem Marktplatz der Kleinstadt Hohenmölsen im südlichsten Zipfel von Sachsen-Anhalt zu einem Aktionstag dagegen aufgerufen: „Bunt statt braun“ lautete das Motto, unter dem sich zahlreiche Bewohner der 7000-Einwohner-Kommune zur Demonstration gegen die Rechtsextremisten einfanden. Mit den Aktionen wollte das Bürgerbündnis darauf aufmerksam machen, dass die NPD für ihren Parteitag am Samstag gegen den Willen der Stadtverwaltung das Bürgerhaus



NPD-Chef Udo Voigt (rechts) und DVU-Chef Matthias Faust. Foto: Seyboldtpress

von Hohenmölsen angemietet hatte – durch ein Gerichtsurteil war dies möglich gewesen.

Die NPD-Führung hatte den Ort nicht zufällig gewählt. Hohenmölsen gehört zum Burgenlandkreis, einer Hochburg der Rechtsextremisten in Sachsen-Anhalt. Zwar gibt es im Stadtrat von Hohenmölsen keine NPD-Vertreter, doch im Kreisrat sitzen drei Rechtsextreme. Und bei den kommenden Landtagswahlen im Frühjahr 2011 will sich die NPD voll auf

Sachsen-Anhalt konzentrieren, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Auf dem bunt dekorierten Marktplatz hatte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) den Aktionstag eröffnet. Er forderte, erneut ein NPD-Verbot zu prüfen. Unterdessen flanierte, im orangefarbenen T-Shirt mit dem Aufdruck „Gegen Extremismus“, auch der neue CDU-Spitzenkandidat im Land, Wirtschaftsminister Reiner Haseloff, durch den Nieselerren. Und sogar Wulf Gallert, der Chef

der Linkspartei, war zugegen, dessen Partei laut Umfragen derzeit vorn liegt in Sachsen-Anhalt.

Auf der Tagesordnung im Bürgerhaus stand die Fusion der NPD mit der Deutschen Volksunion. Noch vor einem Jahr hatten sich die Repräsentanten von NPD und DVU mit Beschimpfungen überzogen. Jetzt machten sie in Harmonie: „Es hat eben mal geknallt zwischen uns“, so der NPD-Vorsitzende Uwe Voigt zum Verhältnis mit der DVU, „danach hat man sich etwas besser kennengelernt.“ Von dem Zusammenschluss erhoffen sich die Rechten bessere Wahlchancen.

Besonders für die Repräsentanten der DVU scheint es auch ganz existenziell ums Überleben zu gehen. Der Noch-Vorsitzende der DVU, Matthias Faust, wirkte zerknirscht, als er vor den NPD-Delegierten eigene Fehler einräumte: Es sei „blödsinnig“ gewesen, die NPD zu kritisieren. Aufgrund einer Erbschaft könne die DVU eine „Mitgift“ von einigen hunderttausend Euro in die Parteifusion einbringen, pries Faust seine Partei an. Mit 194 von 208 Stimmen votierten die Delegierten schließlich für die „Verschmelzung“, die zum Jahreswechsel vollzogen werden soll. Faust wurde zu einem der NPD-Vize-Vorsitzenden gewählt.

Westerwelle plädiert für Nahost-Dialog

Jerusalem – Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat bei Gesprächen in Jerusalem Israels Regierung zur Verlängerung des Siedlungsbau-Stoppes aufgefordert. „Das wäre eine weise Entscheidung“, sagte er nach einem Mittagessen mit seinem Amtskollegen Avigdor Lieberman. Bei seiner zweitägigen Visite, die ihn am Sonntag auch zu Präsident Schimon Peres führte, will Westerwelle die Chancen für eine Fortsetzung des Friedensprozesses ausloten, der wegen des Streits um den Siedlungsbau derzeit blockiert ist. „Die Zeit darf nicht gegen den Frieden arbeiten“, sagte er. Lieberman ließ jedoch keinerlei Bereitschaft zu Zugeständnissen erkennen. „Ich glaube nicht, dass die Siedlungen ein Hindernis für Frieden sind“, erklärte der rechtsnationalistische Politiker, der selbst mit seiner Familie in einer Siedlung lebt.

Trotz dieses Dissenses zeigten sich beide Seiten bemüht, einen Konflikt zu vermeiden, der sich bei Besuchen anderer europäischer Außenminister an dieser Kernfrage entzündet hatte. Wiederholt lobte Westerwelle die „exzellenten Beziehungen“ zwischen beiden Ländern und pries seine persönliche Freundschaft mit dem „lieben Avigdor“, wie er ihn mehrfach nannte.

Bevor Westerwelle an diesem Montag zu einem Kurzbesuch in den Gaza-Streifen reist, verkündete er einen „Durch-

Als erster deutscher Minister seit Ende 2006 darf Westerwelle den Gaza-Streifen bereisen.

bruch“ bei dem seit langem geplanten Bau eines Klärwerks für den Küstenstreifen mit deutschem Geld. Es gebe nur noch „technische Probleme, die in zwei bis drei Wochen gelöst seien, pflichtete Lieberman bei. Keine Annäherung gab es jedoch in der Frage einer weiteren Lockerung der Gaza-Blockade. Westerwelle lobte zwar Israels Bereitschaft, seit diesem Sommer mehr Güter in das von der Hamas regierte Gebiet zu lassen. Er forderte aber darüber hinaus die Erlaubnis für Exporte, um die Wirtschaftsentwicklung zu fördern und den Menschen eine Perspektive jenseits von Extremismus zu bieten. Lieberman konterte dies kühl mit der Bemerkung, „wer möchte denn etwas kaufen, was aus Gaza kommt?“

Westerwelle ist der erste deutsche Minister seit Ende 2006, dem Israel die Erlaubnis zum Besuch des abgeriegelten Gaza-Streifens gewährt. Im Juni war Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) nach einer Einreise gehindert worden. (Seite 4) *Peter Münch*

Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de